

Rede von Natascha Wey

anlässlich des 1. Mai 2022 in Basel

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleg:innen, liebe Genoss:innen, liebe Gäste der 1. Mai-Feier hier in Basel,

Vor rund drei Jahren, am 11. Mai 2019, fand in Zürich die Frauenfriedenskonferenz der «Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit» statt. Die Konferenz fand genau 100 Jahre nach der ersten Frauenfriedenskonferenz von 1919 statt, an der die Teilnehmer:innen sich für die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen bei der Überwindung der Ursachen künftiger Kriege eingesetzt haben.

Ich wurde damals als Co-Präsidentin der SP Frauen eingeladen, die Eröffnungsrede zu halten. Ich hatte mich im Vorfeld sehr auf die Veranstaltung gefreut. Ich war beeindruckt von diesen 120 Frauen aus der ganzen Welt, vor allem von den Frauen des Südens, die sich unermüdlich für eine friedliche Welt einsetzten. Am Rednerinnenpult hing eine Fahne mit einem Satz der Schriftstellerin Eve Merriam: «I dream of giving birth to a child who will ask: "Mother what was war?"».

Wie viele andere hätte auch ich vor drei Jahren nicht gedacht, dass der Ruf nach Frieden in Europa so schnell wieder aktuell würde. Frieden ist die Grundlage für ein Leben in Würde. Unsere volle Solidarität ist deshalb bei der ukrainischen Bevölkerung. Dieser brutale Angriffskrieg raubt ihre Lebensgrundlage.

Die Schweizer und internationalen Gewerkschaften haben sich vom ersten Tag an für die Flüchtlinge und für die Arbeit der ukrainischen Gewerkschaften eingesetzt. Die Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine engagieren sich tagtäglich, auch unter dem Bombenhagel russischer Truppen dafür, dass Arbeitnehmende Schutzausrüstung bekommen, Flüchtlinge in gewerkschaftlichen Siedlungen unterkommen können. Und sie organisieren Flüchtlingstransporte inner- und ausserhalb der Ukraine. Es werden Spitäler mit Medikamenten beliefert oder es wird sichergestellt, dass Arbeitnehmende ihren Lohn bekommen. SGB-Verbände haben ihren ukrainischen Schwestergewerkschaften Material und Geld gespendet.

Wir unterstützen die ukrainische Bevölkerung in ihrem Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung. Die Freiheit der Ukrainer:innen, über ihre Organisation und ihr Schicksal zu entscheiden, ist die Voraussetzung für den Schutz sozialer Rechte. Selbstbestimmung in demokratischen Institutionen ist die Voraussetzung, um für die eigene Arbeit, für ein faires Einkommen und ein Leben in Würde kämpfen zu können: Dieses Recht verteidigen ukrainische GewerkschafterInnen, aber auch mutige Engagierte in Russland. Unterstützen wir sie dabei, wo immer möglich.

Die Schweiz muss alles tun, damit Geflüchtete hier schnell eine neue Heimat finden. Einmal mehr werden die Mängel unseres Asylsystems offensichtlich: wer in die Schweiz flüchtet, hat ein Recht auf Schutz, auf gute Behandlung, auf eine gute Gesundheitsversorgung, auf Bildung und auf ein Leben in Würde und ohne Existenznöte. Ein Service Public muss auch für alle Geflüchteten gelten. Und zwar unabhängig davon, woher die Menschen flüchten.

Bei uns sind die Voraussetzungen dafür gegeben, sich für die eigene Rechte einsetzen zu können. Wir haben keinen Krieg. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns einmal mehr, wie

privilegiert wir sind. Nutzen wir diese Privilegien. Und damit wären wir in der Innenpolitik angekommen. Gewiss: Es geht hier nicht darum, lebend aus einer belagerten Stadt zu entkommen oder eine gesundheitliche Notversorgung aufrecht zu erhalten. Doch gerade im Gesundheitswesen hat uns die Corona-Pandemie aufgezeigt, dass wir gut daran täten, uns eine qualitativ hochstehende und gut ausfinanzierte Grundversorgung zu leisten. Denn fehlt die Grundversorgung in der Krise, ist das fatal. Und sie fehlt eben oft dort, wo falsches Effizienzdenken und Gewinnstreben Einzug hält.

In der Pandemie gab es Engpässe auf den Intensivstationen, Operationen mussten verschoben werden, Personal fehlte an allen Ecken und Enden. «Ein Intensivbett ohne Personal ist einfach ein Möbelstück», diesen Satz habe ich vergangenen Herbst irgendwo an eine Wand gesprayed gelesen. Ich fand ihn sehr treffend. Ständig wurde während dieser Pandemie diskutiert, wie viele «Betten» in den Spitälern noch zur Verfügung stehen. Dass die Engpässe vor allem beim Personal bestehen, diese Wahrheit wurde etwas weniger gern gehört.

Das Personal im Gesundheitswesen wird von der Politik hauptsächlich als Kostenfaktor gesehen. Bitte schneller arbeiten, bitte effizienter sein, bitte weniger Patient:innenkontakt und mehr Administration, damit dann die Krankenkasse zufrieden ist. Das ist das Ergebnis einer auf Effizienz getrimmten Spitalversorgung. Dieses System muss dringend reformiert werden; die sogenannte Subjektfinanzierung ("SwissDRG-Fallkostenpauschalen") verhindert nicht nur die – im Pandemiefall so wichtige – Bildung von "Vorhalteleistungen" (Reservebetten etc.) sondern sie belastet auch das Personal seit Jahren über alle Massen.

Die Medizin, die Grundversorgung ist der falsche Ort für Gewinnstreben und Fehlanreize. Als man die Fallpauschale im Jahr 2012 eingeführt hat, wurde behauptet, sie würde Kosten senken. Das Gegenteil ist der Fall: Das Gesundheitswesen wurde ständig teurer, die Grundversorgung ausgehöhlt, es lohnen sich teure Eingriffe und hochspezialisierte Behandlungen. Und was sich lohnt, das wollen alle machen. Also gibt es teure Eingriffe und hochspezialisierte Behandlungen. Etwas weniger gern macht man das, was halt so nötig ist: Blinddärme, Geburten und allgemeine Medizin und alte und gebrechliche Menschen pflegen.

Liebe Kolleg:innen, als Gemeinderätin der SP Stadt Zürich bin ich in der Gesundheitskommission und kenne die Diskussionen über Spitalfinanzierungen, Spitalrechnungen und Anreize zur Genüge. Da hört man dann Sätze wie: «Wegen der Hygienemassnahmen hat es jetzt weniger Kinder, die schwer krank sind. Das heisst, wir haben grosse Ausfälle und Defizite auf der Pädiatrie. Wir müssen schauen, wie sich das entwickelt.» Das ist wirklich eine absurde und zynische Weltsicht. Weniger kranke Kinder sind eine gute Entwicklung und nicht einfach ein ausbleibender Posten in der Rechnung.

Im letzten Herbst dann ein Lichtblick: die Schweizer Bevölkerung hat die Pflegeinitiative mit einer wuchtigen Mehrheit angenommen. Ganz im Gegensatz zum bürgerlichen Parlament, das mit dem Gegenvorschlag einmal mehr knausern wollte. Unsere Forderungen für die Umsetzung sind klar: die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals müssen sich verbessern, und zwar subito. Natürlich wird das nur gehen, wenn eine Abkehr von der Fallpauschale hin zu einer nachhaltigen Finanzierung stattfindet.

Liebe Kolleg:innen, es ist kein Zufall, dass das Gesundheitswesen oder Kinderbetreuung genau die Bereiche sind, die schlecht ausfinanziert sind. Es sind Branchen, die denen

vorwiegend Frauen arbeiten. Diese Frauen arbeiten viel, zu schlechten Bedingungen und tiefen Löhnen.

Vor einigen Wochen haben wir im VPOD ein Treffen mit Kinderbetreuerinnen durchgeführt. Was sie erzählt haben, ist haarsträubend. Personalausfälle, Burnouts, eine stetige Angst, den Kindern nicht mehr gerecht zu werden, weil Personal fehlt und die Betreuungsverhältnisse zu schlecht sind. Die Arbeit mit kleinen Kindern ist anstrengend, körperlich und psychisch. Die Lärmbelastung ist hoch, viele Betreuende sind oft krank, für Kolleg:innen muss man regelmässig einspringen. Die Politik interessiert sich nicht für diese Branche, in der Coronapandemie hat man sie regelrecht hängen lassen. Systemrelevant seien sie, nur zahlen wollte niemand dafür.

Der Einstiegslohn einer Fachperson Betreuung beläuft sich auf rund 4000 Franken, derjenige einer diplomierten Kindererzieherin auf 5400 Franken. Der einzige Grund, wieso diese Arbeit so schlecht bezahlt wird, ich habe es gesagt, ist weil sie von Frauen geleistet wird, in Kinderbetreuungsbereich sogar meist von sehr jungen Frauen. Zum Vergleich: Der Einstiegslohn eines Credit- und Riskmanagers beträgt rund 8769 Franken. Wenn ihr mich jetzt fragt, was ich für anspruchsvoller und anstrengender halte: mehrere schreiende und fordernde Kleinkinder zu betreuen, oder ein schweigendes Portfolio gefüllt mit umweltschädlichen Aktien: ich würde vermutlich auf das Zweite tippen.

Für ein Land, das Bildung oft vollmundig als «unseren einzigen Rohstoff» bezeichnend, ist der Zustand der familienergänzenden Kinderbetreuung einigermassen beschämend. Die SP hat eine Initiative lanciert, welche eine bessere und nachhaltigere Finanzierung sicherstellen soll, die Elternbeiträge senkt und die Arbeitsbedingungen verbessern soll. Für unsere gewerkschaftlichen Kämpfe in dieser Branche ist das Rückenwind. Natürlich sollte die Kinderbetreuung Service Public sein. Bis dahin ist noch ein langer Weg. In der Zwischenzeit braucht es Gesamtarbeitsverträge, Gewinnverbote und Subventionierungsmodelle, die Geld an Qualität und nicht an Quantität koppeln. Dafür kämpft unser Personal und ich kann euch versichern, diese Auseinandersetzungen werden in den kommenden Jahren schärfer werden und das ist richtig so! Es reicht mit den schlechtbezahlten Frauenberufen.

Die tiefen Frauenlöhne sind eine Sauerei. Und sie haben schwerwiegende Konsequenzen. Frauen haben heute mindestens ein Drittel weniger Rente als Männer. Dieser grosse Gender-Pension-Gap von heute zeigt die ungleiche Verteilung der Erwerbschancen von gestern. Und nun möchte das Parlament im Herbst das Frauenrentenalter erhöhen. Ich kann euch versichern, wir werden diese Reform mit aller Kraft bekämpfen. Und wir bekämpfen sie nicht nur, weil es eine schlechte Reform ist. Wir bekämpfen sie, weil es die schlechteste Reform aller Zeiten ist. Noch nie in der Geschichte der Altersreformen wollte das Parlament eine Rentenaltererhöhung so wenig kompensieren. Das ist drei Jahre nach dem grossen Frauenstreik einfach nur frech. Dass diese Reform nun aber einzig unsere Mütter tragen sollen, die Generation Frauen, die gar keine Chance hatte, sich mit Erwerbsarbeit eine gute Rente zu erarbeiten, zeigt, wie egal der Politik die Frauenbiografien noch immer sind. Belehren wir sie eines Besseren und sagen «Nein» zur AHV21 im Herbst!